

Gutachten für den Fachbereich Abfallwirtschaft Herr Ing. Gerhard Brandmaier

Befund

A. Vorhabensbeschreibung:

Die ASAMER Kies- und Betonwerke GmbH, Unterthalhamstraße 2, 4694 Ohlsdorf, hat mit Eingabe vom 15. Juni 2021 bei der Oö. Landesregierung um die Erteilung einer Genehmigung für die „**Erweiterung der Kalkschottergrube Viecht Nord I sowie wesentliche Änderung des bestehenden Abbaus Viecht unter Einbeziehung der im bestehenden Abbau Viecht dafür weiter beanspruchten Flächen**“ in der Gemeinde Desselbrunn nach den Bestimmungen des UVP-G 2000 angesucht.

Durch die Erweiterung der **Kalkschottergrube Viecht Nord I** kann die Menge an mineralischen Rohstoffen in der Erweiterungsfläche Viecht Nord I um voraussichtlich ungefähr 1.388.000 m³ bzw. ca. 664.000 m³ im darauffolgenden Abbau Bestand und somit gesamt um etwa **2.052.000 m³** erhöht werden.

Entsprechend der geplanten Jahresfördermenge von durchschnittlich etwa 110.000/120.000 m³ ergibt sich für die Durchführung der Abbautätigkeiten in der Erweiterung Viecht Nord I ein Zeitraum von etwa 13 Jahren und für den Abbau Bestand/weiter beanspruchte Flächen ein Zeitraum von weiteren 6 Jahren. Anschließend erfolgt die restliche Wiederverfüllung mit Bodenaushubmaterial (BA-Deponie Viecht I) und Endrekultivierung in etwa 1 Jahr. Somit ergibt sich der **Planungszeitraum** mit insgesamt etwa **20 Jahren**.

Im Zuge der Rekultivierung im bestehenden Abbau Viecht erfolgt eine teilweise **Wiederverfüllung** der geschaffenen Tagbauöffnung mit **Bodenaushubmaterial** (=Errichtung/Betrieb BA-Deponie Viecht I).

Hierzu erfolgt die Errichtung und der Betrieb der **Bodenaushubdeponie Viecht I**. In der Bodenaushubdeponie sollen auf einer Fläche von rd. 22.990 m² über einen Zeitraum von **19 Jahren (+ 1 Jahr** für die Rekultivierung) insgesamt rd. **134.700 m³** an grubenfremden Bodenaushubmaterialien eingebracht werden.

Neben der Einbringung von Bodenaushubmaterialien in die Deponie werden auch noch rd. **102.900 m³ an Bodenaushubmaterialien für diverse Verwertungsmaßnahmen** (Rekultivierungstätigkeiten und für die Errichtung von Teilen des Dammes des Schlammteiches 6) sowie **zusätzlich 19.300 m³** zur Erhöhung der tiefsten Abbausohle (auf 394 m ü.A.) verwendet.

Das Vorhaben umfasst aus fachlicher Sicht im Wesentlichen folgende Maßnahmen:

- ❖ **Gewinnung der restlichen Lagerstätteninhalte im Bereich des genehmigten Bestands**
- ❖ **Gewinnung von mineralischem Rohstoff im Bereich der Erweiterungsflächen**
- ❖ **Zufuhr von Bodenaushubmaterialien für diverse Verwertungs- und Rekultivierungsmaßnahmen**
- ❖ **Errichtung und Betrieb der Bodenaushubdeponie Viecht I**

I. Abbau- und Rekultivierungsphase des Schotterabbaus:

Die geplante Abbauerweiterung ist auf den Grst. Nr. 2107/1, 2137, 2138/1 und 2139/1, je KG Windern, Gemeinde Desselbrunn, geplant (siehe dazu **Dokumentennummer B.01.01**). Zusätzlich werden noch andere Grundstücke (siehe Projekt) im Rahmen der bestehenden Genehmigung genutzt. Von der Abbauerweiterung (Abbau Viecht I) ist eine Fläche von insgesamt 73.880 m² betroffen, hinzukommen noch rd. 137.140 m² aus dem Bestand. Die noch **abbaubare Menge an mineralischem Rohstoff** beläuft sich auf insgesamt **2.052.000 m³**. Die Dauer des Vorhabens wird mit insgesamt **19 Jahren** angeführt. Ein weiteres Jahr kommt für die Rekultivierung noch offener Flächen im Abbau Bestand hinzu, also **insgesamt 20 Jahre**.

geplante Verwertungsmaßnahmen:

Für die Errichtung von Teilen des Dammes des Schlammteiches 6 (ST6) und für Rekultivierungstätigkeiten wird Bodenaushubmaterial im Gesamtausmaß von ca. **102.900 m³** zugefahren, da dafür nicht genügend grubeneigenes Abraummaterial vorhanden ist.

- Errichtung Dämme Schlammteiche:

Für das Einbringen der mineralischen Waschschlämme (nicht verwertbare Feinstkornfraktion < 0,063 mm) aus der Aufbereitung des mineralischen Rohstoffes werden Schlammteiche (ST5 und ST6) errichtet. Die Begrenzungsdämme der einzelnen Schlammteiche werden zum größten Teil aus anfallendem Abraummaterial hergestellt. Nur für den Damm des Schlammteiches ST6 wird voraussichtlich eine Menge von ca. **1.600 m³** Bodenaushubmaterial benötigt.

- Rekultivierungsmaßnahmen:

Für Rekultivierungszwecke in der Abbauerweiterung (= Abbau Viecht Nord I) und im Abbau Bestand / weiter beanspruchte Flächen auf der jeweiligen tiefsten Abbausohle (ca. SH 394 m ü.A. bzw. ca. SH 401 m ü.A.), den Abbauendböschungen, für die Abdeckung der Schlammteiche, wird neben dem anfallenden Abraummaterial auch Bodenaushubmaterial (zulässige Verwertung) in der Größenordnung von etwa **101.300 m³** eingesetzt.

- Erhöhung der tiefsten Abbausohle:

Zur Erhöhung der tiefsten Abbausohle auf 394 m ü.A (detailliertere Angaben siehe Schreiben „Energie AG - Ersatzneubau KW Traunfall, Auswirkungen auf Grundwasserspiegel Bereich KSG Viecht, Asamer Kies- und Betonwerke GmbH“, der GWU Geologie-Wasser-Umwelt GmbH vom 13.04.2023 und Schreiben „KW Traunfall – KSG Viecht; HGW Ermittlung“, der Energie AG Oberösterreich Erzeugung GmbH und der GWU Geologie-Wasser-Umwelt GmbH vom 13.04.2023) werden zusätzlich **19.300 m³** an grubenfremden Bodenaushubmaterialien eingebracht.

geplante Endgestaltung:

Die vom gegenständlichen Abbauvorhaben beanspruchten Flächen werden entsprechend dem Abbaufortschritt mit dem beim Abbau anfallenden Abraummaterial bzw. mit antransportiertem Bodenaushubmaterial (zulässige Verwertung) im Zuge der Rekultivierung mit einer Mächtigkeit von 0,65 m bis 1,0 m überdeckt und rekultiviert.

Der prozentuale Anteil der Rekultivierungsflächen mit grubeneigenem Abraummaterial bzw. mit BA-Material (Deponie/zulässige Verwertung - Klasse A1 oder A2) beträgt in etwa, wie folgend dargestellt, für die gesamte Abbaufäche im Ausmaß von 204.850 m² (siehe auch Dok. Nr. B.01.01.115)

64% grubenfremdes Material (BA-Material / zulässige Verwertung)
 31% grubeneigenes Material / Abraum
 5% BA-Material / Deponie (Kl. A1 oder A2)

bzw. bezogen auf die folgenden Teilflächen (Teil Nord / BA-Deponie / Teil Süd)

Teil Nord 66% grubenfremdes Material (BA-Material / zulässige Verwertung)
 34% grubeneigenes Material / Abraum
 BA-Deponie 57% grubeneigenes Material (Abraum)
 43% BA-Material / Deponie (Kl. A1 oder A2)
 Teil Süd 84% grubenfremdes Material (BA-Material / zulässige Verwertung)
 16% grubeneigenes Material (Abraum)

Beantragte Abfallarten:

Für die geplanten Verwertungsmaßnahmen sollen folgende **Abfallarten** eingesetzt werden (siehe dazu Dokumentennummer B.01.01, Kapitel 5.1.):

Schlüsselnummer			Abfall- bezeichnung	Spezifizierung	Behandlungs- verfahren
SN	Sp.	g/gn			
31 411	29	---	Aushubmaterial	Nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse BA gemäß Bundesabfallwirtschaftsplan oder Bodenaushubdeponiequalität sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	R5_05, R10_02
31 411	30	---		Nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A1 gemäß Bundesabfallwirtschaftsplan sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	R5_05, R10_02
31 411	31	---		Nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A2 gemäß Bundesabfallwirtschaftsplan sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	R5_05, R10_02
31 411	32	---		Nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A2-G gemäß Bundesabfallwirtschaftsplan sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	R5_05, R10_02

Anlieferungen von Bodenaushubmaterialien mit einer Gesamtmasse von weniger als 2.000 t (bezogen auf ein Bauvorhaben / eine Baustelle) **ohne analytische Untersuchung werden** entsprechend Bundesabfallwirtschaftsplan (Sonderregelung für die Verwertung von Kleinmengen aus unbedenklichen Bereichen < 2.000 t ohne analytische Untersuchung) **nicht für die Errichtung der Dämme bzw. für die Rekultivierung verwendet**, sondern in der in Betrieb stehenden Bodenaushubdeponie (§ 13 Abs. 1 Z 3 DVO 2008) eingebaut.

Eingangskontrolle:

Die Annahme/Eingangskontrolle der Bodenaushubmaterialien erfolgt durch den Leiter der Eingangskontrolle. Bei der Brückenwaage erfolgt eine erste visuelle Überprüfung des angelieferten Materials. Die Übernahme und eine weitere visuelle Kontrolle der angelieferten Bodenaushubmaterialien erfolgt direkt bei der Einbaustelle, im Zuge des Abladens.

Im Bedarfsfalle wird das abgekippte Material mit Baumaschinen maschinell durchörtet. Bei der visuellen Kontrolle wird festgestellt ob das Bodenaushubmaterial mit der Abfallinformation übereinstimmt (Kontrolle der Begleitpapiere) bzw. ob unzulässige Verunreinigungen / Kontaminationen vorliegen. Anlieferungen mit größerem Anteil an Fremdstoffen oder kontaminierte Materialien werden nicht angenommen. Erst dann erfolgt der Einbau des angelieferten Materials mit Baumaschinen.

Aufzeichnungen:

Über die angelieferten Bodenaushubmaterialien sollen folgende **Aufzeichnungen** geführt werden:

- ❖ Buchungsart (Übernahme)
- ❖ Datum der Anlieferung / Übernahme
- ❖ Abfallerzeuger
- ❖ Übergeber
- ❖ Herkunft / Anfallsort (Adresse bzw. Grst. Nr. und KG)
- ❖ Abfallart (SN, SN-Spez.)
- ❖ Masse des angelieferten Abfalls (Brückenwaage) [kg] bzw. Menge [m³] laut Lieferschein
- ❖ Behandlungsverfahren (Verwertungsverfahren R05_05)
- ❖ Verbleib (eigene Personen-GLN + Ort des Abfalleinbaus)
- ❖ Identifikationsnummer der Einbauinformation

Abfallwirtschaftskonzept:

Für das ggst. Vorgaben (Abbau Viecht/Bergbauanlagen/BA-Deponie Viecht I) liegt ein Abfallwirtschaftskonzept (Dokumentennummer B.01.04) vor.

II. Errichtungs- und Betriebsphase der Bodenaushubdeponie:

Die geplante Bodenaushubdeponie soll auf dem Grst. Nr. 2142/1 der Katastralgemeinde Windern, Gemeinde Desselbrunn, errichtet und betrieben werden (siehe dazu **Dokumentennummer B.01.02**).

Die Flächen für die geplante Bodenaushubdeponie liegen innerhalb der Flächen des Abbaues Bestand/weiter beanspruchte Flächen der Kalkschottergrube Viecht und zwar östlich (Abschnitt A) bzw. nördlich (Abschnitt B/C) der bestehenden Aufbereitungsanlagen und westlich von bereits rekultivierten Abbauflächen. Auf einer Gesamtfläche von rd. **22.990 m²** sollen in einem Zeitraum von **20 Jahren**, wobei die Deponierung ca. 19 Jahre parallel zur Abbautätigkeit und noch etwa ein Jahr nach Beendigung des Abbaus betrieben wird, rd. **134.700 m³** an Bodenaushubmaterialien deponiert werden.

a. Angaben zur Abfalltechnik:

Der **Deponiefortschritt** wird im Projekt (Dokumentennummer B.01.02, Kapitel 3.3) wie folgt dargestellt:

Deponie- fortschritt	Abgelagerte Menge { m³ }	Σ Abgelagerte Menge { m³ }
1	2 600	2 600
2	10 500	13 100
3	8 600	21 700
4	51 200	72 900
5	27 300	100 200
6	21 300	121 500
7	13 200	134 700

Beantragte Abfallarten:

Zur Ablagerung (Behandlung) wurden folgende **Abfälle** beantragt (Dokumentennummer B.01.02, Kapitel 3.1):

Schlüsselnummer			Abfall- bezeichnung	Spezifizierung	Behandlungs- verfahren
SN	Sp.	g/gn			
31 411	29	---	Aushubmaterial	Nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse BA gemäß Bundesabfallwirtschaftsplan oder Bodenaushubdeponiequalität sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	D1
31 411	30	---		Nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A1 gemäß Bundesabfallwirtschaftsplan sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	D1
31 411	31	---		Nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A2 gemäß Bundesabfallwirtschaftsplan sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	D1
31 411	32	---		Nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A2-G gemäß Bundesabfallwirtschaftsplan sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	D1
31 411	34	---		technisches Schüttmaterial, das weniger als 5 Vol% bodenfremde Bestandteile enthält	D1
31411	38	---		sonstige, nicht verunreinigte Bodenbestandteile der Qualitätsklasse A2 gemäß Bundesabfallwirtschaftsplan	D1
31411	39	---		sonstige, nicht verunreinigte Bodenbestandteile der Qualitätsklasse BA gemäß Bundesabfallwirtschaftsplan oder Bodenaushubdeponiequalität	D1

31411	45	---	Aushubmaterial	Nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial eines Bau- oder Aushubvorhabens gemäß Kleinmengenregelung	D1
91502		---	Bankettschälgut von Straßen		D1
91502	60	---	Bankettschälgut von Straßen	gemäß Bundesabfallwirtschaftsplan zulässig für Maßnahmen zur Bodenrekultivierung	D1

Eingangskontrolle:

Die **Eingangskontrolle** auf der Deponie wird lt. Projektsunterlagen **gemäß Deponieverordnung 2008** durchgeführt. Die Eingangskontrolle wird durch einen fach- und sachkundigen Mitarbeiter (entsprechende Ausbildung zum Leiter der Eingangskontrolle gegeben – Ausbildungskurs gemäß § 35 Abs. 3 DVO 2008) der ASAMER Kies- und Betonwerke GmbH durchgeführt.

Abfallwirtschaftskonzept:

Für das ggst. Vorgaben (Abbau Viecht/Bergbauanlagen/BA-Deponie Viecht I) liegt ein Abfallwirtschaftskonzept (Dokumentennummer B.01.04) vor.

b. Angaben zur Deponietechnik:

Deponiestandort:

Laut Beurteilung zu den hydrologischen, geologischen und wasserwirtschaftlichen Merkmalen (Dokumentennummer B.01.02.100) des Standorts liegen gemäß § 21 Abs. 2 DVO 2008 keine Ausschlussgründe vor.

Deponierohplanum:

Die geplante Bodenaushubdeponie wird in der durch den getätigten Abbau von mineralischem Rohstoff geschaffenen Tagbauöffnung errichtet und betrieben. Das Deponierohplanum wird durch die geschaffene tiefste Abbausohle und zum Teil durch Abbauendböschungen bzw. die Böschungen der bereits rekultivierten Abbauflächen im Osten und durch die Dämme des Schlammteiches ST5 gebildet.

Auf Flächen des Abschnitts A und B sowie auf einer Teilfläche des Abschnitts C im Gesamtausmaß von ca. 14.800 m² der Bodenaushubdeponie Viecht I wird mit Abraummateriale aus der Abbauerweiterung Viecht Nord I oder zugeführtem Bodenaushubmaterial (Klasse A2-G) eine Erhöhung der bestehenden tiefsten Abbausohle (siehe Deponiefortschritt 0 im Anhang 1 bzw. Dok.Nr. B.01.01.106) auf die erforderliche SH bei ca. 394 m ü.A. durchgeführt. Damit ist der erforderliche Abstand zum Grundwasser (> 1,0 m zu HGW neu) gegeben (siehe Schreiben „Energie AG - Ersatzneubau KW Traunfall, Auswirkungen auf Grundwasserspiegel Bereich KSG Viecht, Asamer Kies- und Betonwerke GmbH“, der GWU Geologie-Wasser-Umwelt GmbH vom 13.04.2023).

Abfalleinbau:

Die Deponierung erfolgt generell von unten nach oben, in Lagen und zwar in der Reihenfolge Abschnitt A – B – C. Die maximal offene Schüttfläche tritt im Abschnitt B mit einer Fläche von etwa 6.550 m² beim Deponiefortschritt 3 auf.

Folgende Bodenaushubkubaturen werden eingebracht:

Abschnitt A ungefähr 12.050 m³, Abschnitt B etwa 86.750 m³, Abschnitt C ca. 35.900 m³

Für das Einbringen des Bodenaushubmaterials in den Abschnitt A der BA-Deponie ist die Errichtung einer Rampe aus Bodenaushubmaterial erforderlich (siehe Anhang 1 – Lagepläne Deponiefortschritt 1 und 2).

Über diese Rampe erfolgt der lagige Einbau des angelieferten und am Beginn der Rampe entladenen Bodenaushubmaterials mittels Raupe in den Abschnitt A, da diese Rampe für das Befahren mit LKW (Neigung ca. 1:2) zu steil ist. Ist der Abschnitt A fertig verfüllt, wird die restliche Rampe rückgebaut, indem diese von der Raupe in den Deponiekörper eingebaut wird. Davor wird noch grubeneigener Abraum aus der Erweiterungsfläche für die Herstellung der restlichen Rekultivierungsschicht vorgelagert und abschließend flächig eingebaut. Die Raupe fährt anschließend über die bestehende Schotterböschung aus dem fertiggestellten Abschnitt A heraus. In weiterer Folge wird mit dem Einbau von Bodenaushubmaterial in den Abschnitten B und C, von Osten nach Westen fortgesetzt. Der Einbau der angelieferten und angenommenen Bodenaushubmaterialien erfolgt in Lagen (Mächtigkeit der Lagen = 1,0 m) von unten nach oben. Der Einbau / das Verdichten des Bodenaushubmaterials erfolgt mit Baumaschinen (Raupe). Entstehende Zwischenböschungen der Bodenaushubdeponie weisen eine Neigung von 1:2 auf. Entstehende Deponieendböschungen (Richtung Norden) im Abschnitt B und C werden mit einer Böschungsneigung von 1:2 hergestellt

Eine geotechnische Beurteilung der inneren und äußeren Standsicherheit des Deponiekörpers liegt vor (Dokumentennummer B.03.03).

Deponieoberflächenabdeckung:

Die Nachnutzung der von der Deponie beanspruchten Flächen erfolgt entsprechend der ursprünglichen Nutzung (siehe 2.3.1 Flächenwidmung) und werden daher wieder aufgeforstet. Dementsprechend erfolgt das Aufbringen einer Rekultivierungsschicht mit einer Mächtigkeit von ca. 0,75 - 1,0 m.

Die Herstellung der Rekultivierungsschicht erfolgt zum Großteil (Abschnitt A und B) mit gruben-eigenem Abraummaterial. Für eine kleine Teilfläche des Abschnittes B und den Abschnitt C erfolgt die Herstellung der Rekultivierungsschicht mit entsprechendem Bodenaushubmaterial der Klasse A1 bzw. Klasse A2.

Deponieeinrichtungen:

- ❖ Fahrwege, Abstell- und Umkehrflächen
- ❖ Flächen für Eingangs- und Identitätskontrolle
- ❖ Zwischenlagerflächen
- ❖ Schranken / Wälle
- ❖ Informationstafel
- ❖ Anlagen der Infrastruktur (Betriebstankstelle, Umkleideräume, Waschgelegenheiten, WC-Anlagen, Aufenthaltsräume, Lagermöglichkeit Proben, etc.)

Sicherstellung:

Die Höhe der Sicherstellung wurde für die Betriebs- und Nachsorgephase berechnet (Dokumentennummer B.01.02, Kapitel 9.1). Die Berechnung der finanziellen Sicherheitsleistung ist im Anhang 2 abgebildet. Die maximal offene Schüttfläche wird mit 6.550 m² festgelegt. Es wurden zwei Grundwassermessstellen angeführt und es ist eine Fläche von insgesamt 6.550 m² wieder aufzuforsten.

	Sicherstellungsbetrag	Wertanpassung ¹⁾	Sicherstellungsbetrag gemäß Wertanpassung ²⁾
Betriebsphase	52 485,00 €	32,0 %	69 280,00 €
verbleibende Nachsorgephase	12 600,00 €		16 632,00 €

¹⁾ Baukostenindex für den Straßenbau insgesamt, Stand: November 2019 (Statistik Austria)

²⁾ gerundet auf Euro

Die Sicherstellung erfolgt entsprechend § 48 Abs. 2 AWG 2002. Der Nachweis der Sicherstellung wird vor Beginn der Deponierung erbracht.

B. Aufgabenstellung:

Auf die fachlichen Ausführungen im Prüfbuch wird verwiesen.

Gutachten

Die den Fachbereich „Abfallwirtschaft inkl. Deponiebautechnik“ betreffenden Darstellungen hinsichtlich der geplanten Verwertungs- und Beseitigungsmaßnahmen basieren auf technischen Richtlinien und Normen sowie gesetzlichen Bestimmungen. Insgesamt gesehen können die Darstellungen als ausreichend, richtig, plausibel und nachvollziehbar angesehen werden. Die Unterlagen sind ausreichend für eine fachliche Beurteilung des geplanten Vorhabens **„Erweiterung der Kalkschottergrube Viecht Nord I sowie wesentliche Änderung des bestehenden Abbaus Viecht unter Einbeziehung der im bestehenden Abbau Viecht dafür weiter beanspruchten Flächen“**.

Grundlagen der abfallwirtschaftlichen Beurteilung sind das Einreichprojekt sowie gesetzliche Bestimmungen (Deponieverordnung 2008, BGBl. II Nr. 39/2008 idgF, Abfallwirtschaftsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 102/2002 idgF) und technische Richtlinien (Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2023).

Aufgrund rechtlicher und technischer Belange wird das nachfolgende Gutachten in zwei Teile aufgeteilt. Dies erscheint auch für die spätere Überprüfungstätigkeit des Deponieaufsichtsorgans (z.B. die Überprüfung von Bescheidaufträgen) sinnvoll. In **Teil I** wird die **Verwertung von Bodenaushubmaterialien** während des Schotterabbaus und in **Teil II** die teilweise Wiederverfüllung in Form einer **Bodenaushubdeponie** aus abfallwirtschaftlicher Sicht betrachtet und beurteilt.

I. Abbau- und Rekultivierungsphase des Schotterabbaus:

Grundlagen der abfallwirtschaftlichen Beurteilung sind das Einreichprojekt (Dokumentennummer B.01.01) und das Abfallwirtschaftskonzept (Dokumentennummer B.01.04).

Die Beurteilung der **während des Abbaubetriebs anfallenden Abfälle** erfolgt anhand des vorliegenden Abfallwirtschaftskonzeptes. Die Angaben und beschriebenen Maßnahmen sind aus abfallwirtschaftlicher Sicht ausreichend und zweckmäßig. Die unter Kapitel 9. angeführten Abfallarten und -mengen erscheinen plausibel. Die Vorschreibung zusätzlicher Auflagen ist in diesem Zusammenhang nicht erforderlich.

In Bezug auf die **Verwertung von Aushubmaterialien** wird im Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2023 der Stand der Technik definiert. In Teil 1, Kapitel 4.7 werden hier die Behandlungsgrundsätze für Aushubmaterialien erläutert. Diese Grundsätze werden bei der fachlichen Beurteilung berücksichtigt.

Bodenaushubmaterial ist Material, das durch Ausheben oder Abräumen von im Wesentlichen natürlich gewachsenem Boden oder Untergrund – auch nach Umlagerung – anfällt. Der Anteil an mineralischen bodenfremden Bestandteilen, z.B. mineralischen Baurestmassen, darf dabei nicht mehr als 5 Volumsprozent betragen, der Anteil an organischen bodenfremden Bestandteilen, z.B. Kunststoffe, Holz, Papier usw. darf insgesamt nicht mehr als 1 Volumsprozent betragen. Diese bodenfremden Bestandteile müssen bereits vor der Aushub- oder Abräumtätigkeit im Boden oder Untergrund vorhanden sein. Das Bodenaushubmaterial kann von einem oder mehreren Standorten stammen, wenn das Vermischungsverbot gemäß AWG 2002 eingehalten wird.

Eine Übernahme von Bodenaushubmaterial ohne analytische Untersuchung ist für die geplanten Verwertungs- bzw. Rekultivierungsmaßnahmen gemäß den Vorgaben in Kapitel 4.7.5. **unzulässig**. Die Kleinmengenregelung darf nicht angewendet werden.

a. Für die Zulässigkeit der Verwertung sind folgende Voraussetzungen erforderlich:

Gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2023, Teil 1, Kapitel 4.7, dürfen nur nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial und nicht verunreinigte Bodenbestandteile verwertet werden, welche den Anforderungen des Kapitels 4.7.3 entsprechen.

Qualitätsklasse	Landwirtschaftliche Bodenrekultivierung	Nicht landwirtschaftliche Bodenrekultivierung	Erdbaumaßnahmen	Erdbaumaßnahmen im oder unmittelbar über dem Grundwasser
A1	JA	JA	JA *	NEIN
A2	NEIN	JA	JA	NEIN
A2-G	NEIN	JA	JA	JA
BA	JA **	JA **	JA **	NEIN

* Nur bei Einhaltung der Grenzwerte sowohl für den TOC-Gesamt als auch den TOC im Eluat der Qualitätsklasse A2

** Nur in Abstimmung mit der für den Einbau örtlich zuständigen Abfallbehörde und nicht im oder unmittelbar oberhalb des Grundwassers

Zur Bestimmung der entsprechenden Qualitätsklasse hat eine **grundlegende Charakterisierung mit analytischer Untersuchung gemäß Deponieverordnung 2008** durch eine hierzu befugte Fachperson oder Fachanstalt zu erfolgen. Weiters ist die **Einbauinformation** zur Verwertung von mehr als 2.000 t nicht verunreinigtem Bodenaushubmaterial des BMK zu führen.

b. Grundlegende Charakterisierung:

Eine grundlegende Charakterisierung ist für alle Abfälle durchzuführen. Diese sind durch eine externe befugte Fachpersonen und Fachanstalten durchzuführen. Seit 01.01.2020 dürfen grundlegende Charakterisierungen gemäß DVO 2008 nur mehr durch akkreditierte Inspektionsstellen durchgeführt werden.

Der Beurteilungsnachweis muss mit dem Akkreditierungszeichen versehen sein:



Die Kennzeichnung muss den Titel **Akkreditierung Austria (AA)** den Verweis auf die **ISO/IEC 17020** und die **Identifikationsnummer** der Inspektionsstelle enthalten!

Aus diesen 3 Elementen ergibt sich eine Kennung (hier z.B. „AA_0123_17020“) mit welcher auf der Webseite des Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (www.bmdw.gv.at > Suche nach Akkreditierungsumfänge) kontrolliert werden kann, ob tatsächlich eine Akkreditierung als Inspektionsstelle für Beurteilungen nach DVO 2008 gegeben ist.

Bei der Annahme von Abfällen mit Beurteilungsnachweis ist **zusätzlich eine Einbau-information** gemäß BAWP erforderlich!

c. Grubeneigenes Abraummateriale:

Hinsichtlich anfallender nicht verwertbarer Lagerstättenanteile (z.B. Abraum) wird angemerkt, dass bergbauliche Abfälle gemäß § 3 Abs. 1 Z 3 AWG 2002 nicht in den Geltungsbereich des AWG fallen.

d. Abfallverzeichnis - NEU:

Per 01.10.2020 ist die **Abfallverzeichnisverordnung 2020**, BGBl. II Nr. 409/2020, in Kraft getreten. Unter § 13 der Verordnung sind die Übergangsfristen angeführt. Anhang 1 (Abfallverzeichnis) und Anhang 2 (Zuordnungskriterien zum Abfallverzeichnis) der Verordnung sind per 01.01.2022 in Kraft getreten. Die darin angeführten Schlüsselnummern bzw. Spezifikationen und Zuordnungskriterien sind im Rahmen der Verwertung zu beachten.

e. Behandlungsverfahren:

Grundsätzlich ist das Detailverfahren auszuwählen, dass die tatsächlich durchgeführte Behandlung bestmöglich beschreibt. Werden in ein und derselben Anlage sowohl Vorbereitungsschritte als auch weitergehende Behandlungen durchgeführt, so ist die Angabe des weitergehenden Verfahrens ausreichend.

Im Nachfolgenden wird die Tabelle für die bei der ggst. Verwertungsmaßnahme durchgeführten Behandlungsverfahren, in Bezug auf die Errichtung von Dämmen für Schlammteiche und die Herstellung einer Rekultivierungsschicht, gemäß Anhang 2, Abfallwirtschaftsgesetz 2002 bzw. Detailverfahren laut EDM, ausgewiesen:

Behandlungsverfahren:	Beschreibung:	Detailbezeichnung:	Anmerkungen:
R5	Recycling/Rückgewinnung von anderen anorganischen Stoffen		
R5_05	Recycling/Rückgewinnung von anderen anorganischen Stoffen	Einsatz von Bodenaushub/Erden für Verfüllungen	Dieses Verfahren ist zu verwenden für Untergrundverfüllungen mit Bodenaushub/Erden, die nur geringe organische Anteile aufweisen; für konkrete Baumaßnahmen ist das Verfahren R5_07 zu verwenden

R10	Aufbringung auf den Boden zum Nutzen der Landwirtschaft oder zur ökologischen Verbesserung		
R10_02	Aufbringung auf den Boden zum Nutzen der Landwirtschaft oder zur ökologischen Verbesserung	Rekultivierung	

f. Dokumentation der Abfallannahme:

Über die Annahme der Abfälle zu Verwertung sind entsprechende Aufzeichnungen zu führen. Neben der Führung der elektronischen Aufzeichnungen sind die Einbauinformationen und die Beurteilungsnachweise einzuholen und aufzubewahren.

g. Auflagenvorschläge:

1. Abfallwirtschaft:

- 1.1. Es dürfen nur folgende **Abfälle** gemäß Abfallverzeichnis (Anhang 1) entsprechend der Abfallverzeichnisverordnung 2020, BGBl. II Nr. 409/2020, übernommen und verwertet werden. Hinsichtlich der Durchführung der grundlegenden Charakterisierung, dem Parameterumfang und der Dokumentation gelten die Vorgaben des aktuell gültigen Bundes-Abfallwirtschaftsplans.

SN	Sp	Abfallbezeichnung	Spezifizierung	Behandlungs-Verfahren
31411 ¹⁾	29	Aushubmaterial	nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse BA gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan oder Bodenaushubdeponiequalität sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	R5, R5_05, R10, R10_02
31411 ²⁾	30	Aushubmaterial	nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A1 gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	R5, R5_05, R10, R10_02
31411 ³⁾	31	Aushubmaterial	nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A2 gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	R5, R5_05, R10, R10_02
31411 ⁴⁾	32	Aushubmaterial	nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A2-G gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	R5, R5_05, R10, R10_02

Einschränkungen und Erläuterungen:

- 1) nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial, das gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan der Qualitätsklasse BA zugeordnet werden kann
- 2) nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial, das gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan der Qualitätsklasse A1 zugeordnet werden kann bzw. Fraktionen dieses Materials, die (z.B. durch Siebung) ohne Zugabe anderer Abfälle oder weiterer Materialien gewonnen wurden
- 3) nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial, das gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan der Qualitätsklasse A2 zugeordnet werden kann bzw. Fraktionen dieses Materials, die (z.B. durch Siebung) ohne Zugabe anderer Abfälle oder weiterer Materialien gewonnen wurden
- 4) nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial, das gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan der Qualitätsklasse A2-G zugeordnet werden kann bzw. Fraktionen dieses Materials, die (z.B. durch Siebung) ohne Zugabe anderer Abfälle oder weiterer Materialien gewonnen wurden

1.2. Die **Dokumentation über die Annahme** von Aushubmaterialien zur Verwertung hat wie folgt zu erfolgen:

- Buchungsart
- Datum der Übernahme
- Abfallerzeuger
- Übergeber
- Herkunft / Anfallsort (Adresse oder Grst. Nr. und KG)
- Abfallart (SN und Abfallbezeichnung)
- Abfallmasse
- Behandlungsverfahren
- Verbleib
- Identifikationsnummer der Einbauinformation/des Beurteilungsnachweises

1.3. Die Eingangskontrolle hat durch den Leiter der Eingangskontrolle, erforderlichenfalls durch dessen Stellvertreter, zu erfolgen. Der Leiter der Eingangskontrolle hat über einen Ausbildungskurs gemäß § 35 Abs. 3 DVO 2008 zu verfügen. Der Leiter der Eingangskontrolle und sein Stellvertreter sind der für die Aufsicht zuständigen Behörde namhaft zu machen.

1.4. Der Leiter der Eingangskontrolle oder sein Stellvertreter hat während der Abfallübernahme und der Eingangskontrolle anwesend zu sein. Er ist für eine ordnungsgemäße Durchführung der Eingangskontrolle, insbesondere für die Einhaltung der Bescheidauflagen verantwortlich.

1.5. Die Eingangskontrolle umfasst eine visuelle Kontrolle und die Kontrolle der Begleitpapiere (Einbauinformation, Beurteilungsnachweis). Es sind insbesondere die Ergebnisse des aktuellen Beurteilungsnachweises auf Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit und Plausibilität zu prüfen.

Allgemeine Hinweise:

Hinsichtlich der abfallwirtschaftsrechtlichen **Aufzeichnungspflichten** wird auf die Bestimmungen des Abfallwirtschaftsgesetzes 2002, der Abfallnachweis- und Abfallbilanzverordnung verwiesen.

Die Behandlungsgrundsätze des jeweils gültigen **Bundes-Abfallwirtschaftsplans** sind zu beachten und einzuhalten.

Die Zuordnungskriterien der **Abfallverzeichnisverordnung 2020**, BGBl. II Nr. 409/2020, sind zu beachten und einzuhalten.

II. Errichtungs- und Betriebsphase der Bodenaushubdeponie:

Grundlagen der abfallwirtschaftlichen und deponiebautechnischen Beurteilung sind das Einreichprojekt zur Bodenaushubdeponie (Dokumentennummer B.01.02) und die Bestimmungen der **Deponieverordnung 2008, BGBl. II Nr. 39/2008 idgF**. Die ggst. ortsfeste Behandlungsanlage ist gemäß DVO 2008 der **Deponieklasse "Bodenaushubdeponie"** zuzuordnen. Es handelt sich hierbei um eine Bodenaushubdeponie mit einer **Gesamtkubatur von über 100.000 m³**.

Definitionsgemäß handelt es sich bei Bodenaushubmaterial um Material, das durch Ausheben oder Abräumen von im Wesentlichen natürlich gewachsenem Boden oder Untergrund – auch nach Umlagerung – anfällt. Der Anteil an mineralischen bodenfremden Bestandteilen, z.B. mineralischen Baurestmassen, darf dabei nicht mehr als fünf Volumsprozent betragen, der Anteil an organischen bodenfremden Bestandteilen, z.B. Kunststoffe, Holz, Papier usw., darf insgesamt nicht mehr als ein Volumsprozent betragen. Diese bodenfremden Bestandteile müssen bereits vor der Aushub- oder Abräumtätigkeit im Boden oder Untergrund vorhanden sein. Das Bodenaushubmaterial kann von einem oder mehreren Standorten stammen, wenn das Vermischungsverbot eingehalten wird.

Eine Übernahme von Bodenaushubmaterial darf gemäß Abfallverzeichnisverordnung BGBl. II Nr. 498/2008 nur nach vorheriger Einstufung zur jeweiligen Spezifikation erfolgen, zu der eine analytische Untersuchung erforderlich ist. **Bei Kleinmengen** (≤ 2.000 t - gemäß § 13 Abs. 1 Z 3 Deponieverordnung 2008) **von nicht verunreinigtem Bodenaushubmaterial eines Standortes** kann eine grundlegende Charakterisierung ohne analytischer Untersuchung erfolgen. In diesem Fall ist nur eine Zuordnung zu der **Spezifizierung 45 "nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial eines Bau- oder Aushubvorhabens gemäß Kleinmengenregelung"** zulässig.

Hinsichtlich der technischen Ausstattung und der Betriebsweise der Bodenaushubdeponie sind die Bestimmungen und Vorgaben der **Deponieverordnung 2008, BGBl. II Nr. 39/2008 idgF**, zu beachten und einzuhalten.

Für die ordnungsgemäße Durchführung der Eingangskontrolle wird das **ÖWAV-Regelblatt 520 „Durchführung der Eingangskontrolle auf Bodenaushubdeponien“** (3. Auflage, 2015) des Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverband empfohlen. Das Regelblatt ist auf der Homepage www.oewav.at erhältlich.

a. Für die Zulässigkeit der Ablagerung von Abfällen auf Bodenaushubdeponien sind folgende Voraussetzungen erforderlich:

Gemäß § 5 Abs. 1 Deponieverordnung 2008 dürfen nur nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial und nicht verunreinigte Bodenbestandteile auf einer Bodenaushubdeponie abgelagert werden, welche den Anforderungen des Anhangs 4 (bzw. des Anhangs 1) entsprechen. Das bedeutet, dass nicht alle Abfälle, welche die Annahmekriterien (Grenzwerte) für eine Bodenaushubdeponie einhalten, auf dieser auch abgelagert werden dürfen. Die Abfälle müssen entweder unter dem Begriff "nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial" oder dem Begriff "nicht verunreinigte Bodenbestandteile" subsumierbar sein.

Mit Schreiben GZ. 2022-0.295.796 vom 29.04.2022 wurde die aktuelle Liste der auf Bodenaushubdeponien zulässigen Abfallarten (Stand 2022) seitens des BMK übermittelt. Diese Liste wird im Rahmen der fachlichen Beurteilung der zulässigen Abfallarten herangezogen.

b. Grundlegende Charakterisierung:

Eine grundlegende Charakterisierung ist grundsätzlich für alle Abfälle durchzuführen. Fast immer ist hierfür eine chemisch-analytische Untersuchung des Abfalls erforderlich. § 13 zählt die Fälle auf, in denen die grundlegende Charakterisierung auch ohne chemisch-analytische

Beurteilung vorgenommen werden kann (siehe dazu Kleinmengenregelung). Sofern analytische Beurteilungen für eine grundlegende Charakterisierung erforderlich sind, sind diese durch externe befugte Fachpersonen und Fachanstalten durchzuführen. Seit 01.01.2020 dürfen grundlegende Charakterisierungen gemäß DVO 2008 nur mehr durch akkreditierte Inspektionsstellen durchgeführt werden.

Der Beurteilungsnachweis muss mit dem Akkreditierungszeichen versehen sein:



Die Kennzeichnung muss den Titel **Akkreditierung Austria (AA)** den Verweis auf die **ISO/IEC 17020** und die **Identifikationsnummer** der Inspektionsstelle enthalten!

Aus diesen 3 Elementen ergibt sich eine Kennung (hier z.B. „AA_0123_17020“) mit welcher auf der Webseite des Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (www.bmdw.gv.at > Suche nach Akkreditierungsumfänge) kontrolliert werden kann, ob tatsächlich eine Akkreditierung als Inspektionsstelle für Beurteilungen nach DVO 2008 gegeben ist.

Bei der Annahme von Abfällen mit Beurteilungsnachweis ist **zusätzlich eine Abfallinformation** gemäß § 16 Abs. 2 DVO 2008 erforderlich!

c. Grubeneigenes Abraummateriale:

Hinsichtlich anfallender nicht verwertbarer Lagerstättenanteile (z.B. Abraum) wird angemerkt, dass bergbauliche Abfälle gemäß § 3 Abs. 1 Z 3 AWG 2002 nicht in den Geltungsbereich des AWG fallen. Bei derartigen Vorhaben sind diese aber insofern relevant, da diese Abfälle nicht in den Deponiekörper eingebracht werden dürfen, sofern nicht die Bestimmungen der DVO 2008 eingehalten werden (Eingangskontrolle, grundlegende Charakterisierung, etc.). Nicht verwertbare Lagerstättenanteile (z.B. Abraum) sind z.B. unterhalb der Aufstandsfläche der Deponie (z.B. in den Böschungsbereichen, der Sohle) einzubauen.

d. Abfallverzeichnis - NEU:

Per 01.10.2020 ist die **Abfallverzeichnisverordnung 2020**, BGBl. II Nr. 409/2020, in Kraft getreten. Unter § 13 der Verordnung sind die Übergangsfristen angeführt. Anhang 1 (Abfallverzeichnis) und Anhang 2 (Zuordnungskriterien zum Abfallverzeichnis) der Verordnung sind per 01.01.2022 in Kraft getreten. Die darin angeführten Schlüsselnummern bzw. Spezifikationen und Zuordnungskriterien sind im Rahmen des Betriebs der Deponie zu beachten.

e. Standsicherheit der Deponie:

Im Fachgutachten (Dokumentenummer C.03.03 – Geotechnische Beurteilung) wird eine ausreichende innere und äußere Standsicherheit bestätigt.

f. Behandlungsverfahren:

Im Nachfolgenden wird die Tabelle für das in der gegenständlichen Anlage durchgeführte Behandlungsverfahren, das ist die Ablagerung in einer Deponie gemäß Anhang 2, Abfallwirtschaftsgesetz 2002 bzw. Detailverfahren laut EDM, ausgewiesen:

Behandlungsverfahren:	Beschreibung:	Detailbezeichnung:	Anmerkungen:
D1	Ablagerung in oder auf dem Boden (z.B. Deponien usw.)		

g. Aufzeichnungspflichten:

Gemäß Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002) und Deponieverordnung 2008 sind für jede Anlage entsprechende Aufzeichnungen über die angenommenen und abgelagerten Abfälle zu führen. Einerseits sind **elektronische Aufzeichnungen** wie z.B. Anlieferdatum, Herkunft (Grst. Nr. und KG oder Adresse), Abfallart (Schlüsselnummer inkl. Spezifikation und Abfallbezeichnung) und Abfallmasse und andererseits entsprechende **Begleitpapiere** wie Abfallinformationen und Beurteilungsnachweise einzuholen. Zur elektronischen Aufzeichnung der Daten kann z.B. das Programm eADok (www.eADok.at) verwendet werden. Die Begleitpapiere hat jeweils der Anlieferer (bzw. Abfallbesitzer) dem Deponiebetreiber vorzulegen!

Folgende relevante Bestimmungen der DVO 2008 können in diesem Zusammenhang zitiert werden:

§ 41. (1) *Der jeweilige Inhaber von Anlagen gemäß § 40 Abs. 1 Z 2 bis 6 hat für jede dieser Anlagen getrennt Art, Menge, Herkunft und Verbleib der Abfälle fortlaufend aufzuzeichnen. Diese Aufzeichnungen gelten als Aufzeichnungen gemäß § 2 der Abfallnachweisverordnung 2003 in der geltenden Fassung. Die Aufzeichnungen sind so zu führen, dass jederzeit ein Auszug oder eine Zusammenfassung aus den Aufzeichnungen möglich ist. Ab dem 1. Jänner 2009 sind für Anlagen, in denen ein Behandlungsverfahren gemäß Anhang 2 AWG 2002 durchgeführt wird, die Aufzeichnungen elektronisch gemäß Anhang 7 zu führen.*

Anhang 7, Pkt. 2.2. Übernahme von Abfällen von einer anderen Rechtsperson

Wer Abfälle in eine Anlage gemäß § 40 Abs. 1 Z 2 bis 6 übernimmt, muss für jede Abfallübernahme von einer anderen Rechtsperson Folgendes aufzeichnen:

- Buchungsart,
- Datum der Übernahme,
- als Herkunft – sofern in diesem Anhang nichts anderes geregelt ist – den Absendeort,
- Abfallart,
- Abfallmasse,
- Behandlungsverfahren, dem der Abfall zugeführt wird, und
- GLN der Anlage, der der Abfall zugeführt wird.

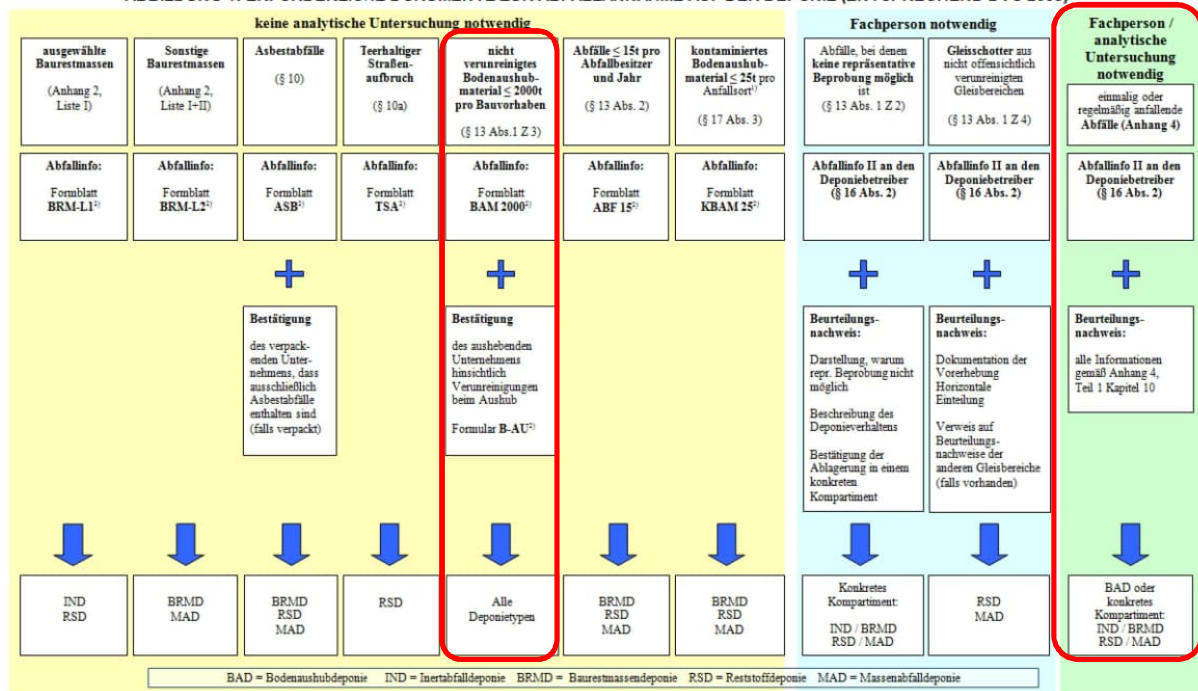
Die Übernahme einer Kleinmenge zur Deponierung gemäß § 13 Abs. 1 und 2 ist durch die Angabe der entsprechenden Buchungsart zu kennzeichnen.

Für einen Abfall, der zur Deponierung übernommen wird, sind weiters die Daten gemäß § 16 Abs. 3 aufzuzeichnen: die Identifikationsnummer des aktuellen Beurteilungsnachweises, sofern kein Beurteilungsnachweis erforderlich ist, die Identifikationsnummer der Abfallinformation, die Angabe zur Abfallerzeugung und Abfallbeschreibung (Abfallerzeuger, Abfallerzeugungsdetails, Abfallerzeugungsprozess und Beschreibung zum Abfall gemäß XML-Datenstruktur).

Hinsichtlich der erforderlichen **Begleitpapiere** ist anzuführen, dass bei der Anlieferung von **Kleinmengen** entsprechend § 13 Abs. 1 Z 3 der Deponieverordnung die Vorlage einer **Abfallinformation** durch den Abfallbesitzer ausreichend ist. Bei Abfällen aus Baulosen über 2.000 t bzw. Abfälle die nicht unter die Kleinmengenregelung gemäß § 13 Abs. 1 Z 3 DVO 2008 fallen, ist im Zeitpunkt der Anlieferung ein **Beurteilungsnachweis** dem Deponiebetreiber vorzulegen.

Dokumente zur Abfallannahme:

ABBILDUNG 1: ERFORDERLICHE DOKUMENTE ZUR ABFALLANNAHME AUF DER DEPONIE (ENTSPRECHEND DVO 2008)



h. Sicherstellungsberechnung:

Bei einer **Bodenaushubdeponie über 100.000 m³ Deponiekubatur** hat die Behörde dem Deponieinhaber gemäß § 48 AWG 2002 eine angemessene **Sicherstellung** aufzuerlegen. Der Sicherstellungsbetrag hat die Kosten zur Erfüllung der mit der Genehmigung verbundenen Auflagen, insbesondere für die ordnungsgemäße Erhaltung und Stilllegung oder Schließung der Deponie einschließlich der Nachsorge, abzudecken. Im Anlassfall muss die Sicherstellung der Behörde als Vermögenswert für die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Verfügung stehen. Die Kosten einer Sicherung bzw. Sanierung oder ein Weiterbetrieb der Deponie werden durch den Sicherstellungsbetrag nicht abgedeckt. Die Höhe der Sicherstellungsbeträge ist so festzulegen, dass der öffentlichen Hand im Anlassfall keine finanziellen Belastungen erwachsen. Dementsprechend hat der Sicherstellungsbetrag die Kosten der Stilllegung und der Nachsorge abzudecken.

Bei einer Bodenaushubdeponie kann in aller Regel mit dem Herstellen einer abgeglichenen Oberfläche und der Rekultivierung dieser Oberfläche an baulichen Maßnahmen das Auslangen gefunden werden. Dementsprechend ist ein Besicherungs- bzw. Stilllegungszeitraum von zwei Jahren anzusetzen, in dem die abschließenden Maßnahmen an der Deponie abfallrechtlich durchgesetzt, die Maßnahmen geplant und durchgeführt werden können. Zudem erscheint ein Besicherungs- bzw. Stilllegungszeitraum von zwei Jahren aufgrund der Vorarbeiten, wie zum Beispiel der stichprobenartigen Beprobung der abgelagerten Abfälle, der Beprobung der Grund- und Oberflächenwässer, der Beseitigung von Verunreinigungen der Umgebung, der Ausschreibungsverfahren und der Klärung der Rechtsverhältnisse usw. durchaus realistisch. In diesem Zeitraum müssen neben sämtlichen Ausschreibungsverfahren auch die Arbeiten bezüglich der Oberflächenabdeckung, einschließlich der Rekultivierungsarbeiten, abgeschlossen werden. Zusammenfassend ist der Besicherungs- bzw. Stilllegungszeitraum somit der Zeitraum von der "Übernahme" der Deponie durch die "öffentliche Hand" bis zur behördlichen Abnahme sämtlicher Stilllegungsmaßnahmen. In diesem Zeitraum müssen zusätzlich zu den Geldmitteln für die notwendigen Baumaßnahmen auch Geldmittel für die Überwachung der Anlage zur Verfügung stehen. Für den verbleibenden Nachsorgezeitraum sind vor allem die Kosten der Überwachung zu besichern.

Der nachstehenden Sicherstellungsberechnung liegen folgende wesentlichen Annahmen zu Grunde:

- ⇒ Der Besicherungs- bzw. Stilllegungszeitraum, in dem die abschließenden Maßnahmen geplant und durchgeführt werden, wird mit zwei Jahren angesetzt;
- ⇒ Die Nachsorgephase beginnt mit dem Ende der Ablagerungsphase und wird vorerst mit 5 Jahren festgelegt. Die verbleibende Nachsorgephase, die sich aus der Nachsorgephase abzüglich des Besicherungszeitraumes bzw. abzüglich der Stilllegungsphase ergibt, wird dementsprechend vorerst mit 3 Jahren festgelegt;
- ⇒ Die offene, nicht projekts- bzw. bescheidgemäß abgedeckte Deponieoberfläche besitzt ein Ausmaß von **maximal 6.550 m²**;
- ⇒ Der für die **Rekultivierung** notwendige Oberboden ist nicht in ausreichender Menge und Qualität am Deponiegelände vorrätig;
- ⇒ Es ist eine **Grundwasserbeweissicherung** an **zwei Grundwassersonden** erforderlich;
- ⇒ Eine **Wiederaufforstung** der Deponie ist auf einer Fläche von **6.550 m²** vorgesehen;
- ⇒ Die Räumung etwaiger Zwischenlagerflächen wird nicht besichert;
- ⇒ Der Sicherstellungsbetrag wird, um einen konstanten Betrag innerhalb der Betriebsphase zu erhalten, auf die maximal offene Fläche abgestimmt;

Sollten sich diese Randbedingungen dahingehend ändern, dass eine wesentliche Erhöhung (oder Reduktion) der Sicherstellung nötig werden würde, ist die Behörde umgehend über diesen Umstand in Kenntnis zu setzen.

Die Höhe des Sicherstellungsbetrages ist einerseits für die Betriebsphase und andererseits für die Nachsorgephase bzw. für die verbleibende Nachsorgephase festzulegen:

⇒ **Betriebsphase:**

Die Betriebsphase umfasst die Ablagerungs- und Stilllegungsphase. Die Berechnung innerhalb der Betriebsphase gliedert sich in zwei Tabellen. Einerseits kommt es zu einer Besicherung von Auflagen und Verpflichtungen für den Zeitraum bis zur behördlichen Abnahme sämtlicher Stilllegungsmaßnahmen, andererseits sind auch bereits jene Auflagen und Verpflichtungen zu besichern, die sich auf den Zeitraum nach der behördlichen Abnahme sämtlicher Stilllegungsmaßnahmen beziehen.

⇒ **Verbleibende Nachsorgephase:**

Die verbleibende Nachsorgephase umfasst den Zeitraum nach der behördlichen Abnahme sämtlicher Stilllegungsmaßnahmen bis zur behördlichen Feststellung, dass keine Nachsorgemaßnahmen mehr erforderlich sind. Die Dauer der verbleibenden Nachsorgephase ergibt sich dementsprechend dadurch, indem man von der eigentlichen Nachsorgephase (5 Jahre), die mit dem Ende der Ablagerungsphase beginnt, den Besicherungs- bzw. Stilllegungszeitraum (2 Jahre), indem im Wesentlichen die Oberflächenabdeckung aufgebracht wird, abzieht. Die verbleibende Nachsorgephase wird dementsprechend vorerst mit 3 Jahren festgelegt. Da der Teilsicherstellungsbetrag der Oberflächenabdeckung erst nach deren Errichtung frei gegeben werden kann, beginnt bei der Berechnung der Sicherstellung die verbleibende Nachsorgephase erst nach der behördlichen Abnahme der Oberflächenabdeckung.

Für die Betriebsphase:

a) Besicherung von Auflagen und Verpflichtungen für den Zeitraum vom Beginn der Ablagerung bis zur behördlichen Abnahme der Stilllegungsmaßnahmen:

Nr.	Bezug zur DVO	Beschreibung	Mindestbetrag [€]	Einheit	Anzahl, Menge	Gesamt-betrag [€]
1		Berechnungszeitraum für die Stilllegungsphase in Jahren; Zeitraum von der "Übernahme" der Deponie durch die Öffentliche Hand bis zur behördlichen Abnahme sämtlicher Stilllegungsmaßnahmen.		a	2	

2	4. Abschnitt	Beprobung und chemische Analyse der Abfälle;	1.450,0	je Probe	4	5.800,0
3	§ 29, Anhang 3	Deponieoberflächenabdeckung				
		maximal offene Schüttfläche; die offene Schüttfläche ist mit zumindest 5000 m² anzusetzen;		m²	6.550	9.825,0
		Oberflächenabdeckung ohne zwischengelagerter Rekultivierungsschicht	15,0	pro m²		
		Oberflächenabdeckung mit zwischengelagerter Rekultivierungsschicht (zwischengelagerten Oberboden aufbringen und besäen)	1,5	pro m²	--	
		maximal wieder aufzuforstende bzw. zu bepflanzende Fläche		m²	6.550	3.930,0
		Wiederaufforstung bzw. Bepflanzung	0,60	pro m²		
4	§ 33	Entsorgung des im Zuge der Eingangskontrolle aussortierten nicht konsensgemäßen Materials;	360,0	pro Tonne	7	2.520,0
5	§ 33	Erhaltung des Einfahrtstores; Pauschalbetrag pro Einfahrtstor; Anzahl der Einfahrtstore	750,0	pauschal	1	1.250,0
		Erhaltung des Zaunes; Länge der Umzäunung	1,0	pro lfm	500	
		Erhaltung der Erdwälle	500,0	pauschal	0	
6	§26	Beseitigung von Verunreinigungen der Umgebung und Rückbau der Anlagen	3.000,0	pauschal	1	3.000,0
7	§ 38, Anhang 3	Grundwasserbeweissicherung innerhalb des Stilllegungszeitraums				
		Anzahl der Grundwasserproben je Messstelle pro Jahr;		Anzahl	1	1.600,0
		Anzahl der Messstellen		Anzahl	2	
		Analyse der Grundwasserproben; zumindest 400 € pro Probe	400,0	je Probe	4	
8	§ 38, Anhang 3	Beweissicherung am Vorfluter innerhalb des Stilllegungszeitraums				
		Anzahl der Wasserproben am Vorfluter je Messstelle pro Jahr		Anzahl	0	0,0
		Anzahl der Messstellen am Vorfluter		Anzahl	0	
		Analyse der Vorfluterproben; zumindest 400 € pro Probe	400,0	je Probe	0	
9	§ 39	Erhaltung/Rückbau der Sonden, Kosten für Ersatz einer Sonde				
		Sockelbetrag für den Ersatz einer Messstelle von mind. 3.600 € plus	3.600,0	pauschal	1	4.200,0
		mind. 300 € pro Grundwassersonde für die Erhaltung	300,0	pauschal pro Sonde	2	
10	§ 39	Vermessungsarbeiten; mind. eine Vermessung innerhalb des Stilllegungszeitraums	1.500,0	je Vermessung	1	1.500,0
11	§ 41	Kosten für eine externe Dokumentation innerhalb des Stilllegungszeitraums;	30.000,0	pro Jahr	0,125	7.500,0
12	§ 42	Kosten für die Deponieaufsicht innerhalb des Stilllegungszeitraums	2.200,0	pro Jahr	2	4.400,0
						45.525,0

b) Besicherung von Auflagen und Verpflichtungen für den Zeitraum nach der behördlichen Abnahme der Stilllegungsmaßnahmen bis zur behördlichen Feststellung, dass keine Nachsorgemaßnahmen mehr erforderlich sind

Nr.	Bezug zur DVO	Beschreibung	Mindest-betrag [€]	Einheit	Anzahl, Menge	Gesamt-betrag [€]
1	Anhang 8	Berechnungszeitraum für die verbleibende Nachsorgephase in Jahren		a	3	
2	§ 38, Anhang 3	Grundwasserbeweissicherung innerhalb des verbleibenden Nachsorgezeitraums				
		Analyse der Grundwasserproben; zumindest 400 € pro Probe	400,0	je Probe	6	2.400,0
		Anzahl der Proben je Messstelle in der verbleibenden Nachsorgephase		Anzahl	3	
3	§ 38, Anhang 3	Beweissicherung am Vorfluter innerhalb des verbleibenden Nachsorgezeitraums				
		Analyse der Vorfluterproben; zumindest 400 € pro Probe	400,0	je Probe	0	0,0
		Anzahl der Proben je Messstelle in der verbleibenden Nachsorgephase		Anzahl	0	
4	§§ 41, 42	Kosten für Deponieaufsicht und externe Dokumentation im verbleibenden Nachsorgezeitraum	1.500,0	pro Dokumentationsjahr	3	4.500,0
						6.900,0
GESAMTSUMME FÜR DIE ABLAGERUNGS- UND STILLEGUNGSPHASE						52.425,0

Für die verbleibende Nachsorge:

Anmerkung: Dieser Sicherstellungsbetrag ist ausschließlich für die Besicherung von Auflagen und Verpflichtungen für den Zeitraum nach der Kollaudierung der Deponieoberflächenabdeckung erforderlich

c.) Besicherung von Auflagen und Verpflichtungen für die verbleibende Nachsorgephase

Nr.	Bezug zur DVO	Beschreibung	Mindestbetrag [€]	Einheit	Anzahl, Menge	Gesamtbetrag [€]
1	§ 38, Anhang 3	Grundwasserbeweissicherung innerhalb des verbleibenden Nachsorgezeitraums				
		Analyse der Grundwasserproben; zumindest 400 € pro Probe	400,0	je Probe	6	2.400,0
		Anzahl der Proben je Messstelle in der verbleibenden Nachsorgephase		Anzahl	3	
2	§ 38, Anhang 3	Beweissicherung am Vorfluter innerhalb des verbleibenden Nachsorgezeitraums				
		Analyse der Vorfluterproben; zumindest 400 € pro Probe	400,0	je Probe	0	0,0
		Anzahl der Proben je Messstelle in der verbleibenden Nachsorgephase		Anzahl	0	
3	§ 39	Erhaltung/Rückbau der Sonden, Kosten für Ersatz einer Sonde				

		Sockelbetrag für den Ersatz einer Messstelle von mind. 3.600 € plus	3.600,0	pauschal	1	4.200,0
		mind. 300 € pro Grundwassersonde für die Erhaltung	300,0	pauschal pro Sonde	2	
4	§ 39	Vermessungsarbeiten; mind. eine Vermessung im verbleibenden Nachsorgezeitraum	1.500,0	je Vermessung	1	1.500,0
5	§§ 41, 42	Kosten für Deponieaufsicht und externe Dokumentation im verbleibenden Nachsorgezeitraum	1.500,0	pro Dokumentationsjahr	3	4.500,0
GESAMTSUMME FÜR DIE VERBLEIBENDE NACHSORGEPHASE						12.600,0

Sinnvollerweise sollte der Sicherstellungsbetrag der Nachsorgephase jedoch erst endgültig am Ende der Ablagerungsphase festgelegt werden, da zu diesem Zeitpunkt die erforderlichen Nachsorgemaßnahmen wesentlich genauer beurteilt werden können.

Hinweis:

Auf die Anführung der Erläuterungen zu den einzelnen Punkten der Tabellen a), b) und c) in der Sicherstellungsberechnung wird verzichtet. Bei Bedarf können diese natürlich jederzeit nachgereicht werden.

Wertanpassung der Sicherstellung:

Die Sicherstellung wird wertgesichert. Als Wertmesser dient der von der Statistik Austria verlaublichte Baukostenindex 2000 oder der an dessen Stelle tretende Index. Ausgangsbasis für die Wertsicherung ist die für den Monat **Jänner 2007 veröffentlichte Indexzahl von 125,2**.



Ergebnis der Berechnung

Zeitpunkt	BKI Straßenbau Insgesamt 2000	Veränderungsrate	Wert
Jänner 2007	125,2	-	EUR
April 2023	208,7	66,7	EUR

Der BKI Straßenbau Insgesamt 2000 hat sich von Jänner 2007 bis April 2023 um 66,7 % verändert.

Anmerkung: Sämtliche Werte sind kaufmännisch gerundet.

Beim Vergleich mit früheren Basisjahren sind Rundungsdifferenzen nicht ausgeschlossen.

Die Auswertung vom 24.07.2023 hat eine **Indexzahl von 208,7** ergeben. Somit hat sich der BKI Straßenbau Insgesamt 2000 von Jänner 2007 bis April 2023 um 66,7 % verändert.

	Sicherstellungsbetrag:	Wertanpassung ¹⁾ :	Sicherstellungsbetrag gemäß Wertanpassung:
Für die Betriebsphase:	52.425 €	66,7 %	87.392,48 €
Für die verbleibende Nachsorgephase	12.600 €		21.004,20 €

Zusammenfassung der Sicherstellungsberechnung:

Auf Basis des Berechnungsprogramms ergibt sich ein Sicherstellungsbetrag mit einer Gesamtsumme von **87.392 Euro***. Dieser Sicherstellungsbetrag gewährleistet aus fachlicher Sicht für den Zeitraum der Ablagerungs- und Stilllegungsphase eine ausreichende finanzielle Sicherheitsleistung.

Für den Zeitraum der verbleibenden Nachsorgephase, das heißt für den Zeitraum nach der behördlichen Abnahme sämtlicher Stilllegungsmaßnahmen bis zur Entlassung aus der Nachsorgephase, kann der Sicherstellungsbetrag von der zuständigen Behörde auf **21.004 Euro*** verringert werden, da ab diesem Zeitpunkt beispielsweise eine Besicherung der Oberflächenabdeckung nicht mehr vonnöten ist. Der Zeitraum der verbleibenden Nachsorgephase, in dem ein abgeminderter Sicherstellungsbetrag aufrecht zu erhalten ist, hat zumindest 3 Jahre zu betragen. Jene notwendigen Modalitäten, die zur Überprüfung einer sich laufend ändernden Sicherstellung notwendig sind, wären aus fachlicher Sicht von der Behörde festzulegen.

**) kaufmännisch gerundete Beträge*

i. Auflagenvorschläge:

Aus abfall- und deponiebautechnischer Sicht ist die Errichtung und der Betrieb der Bodenaushubdeponie im Rahmen der „Erweiterung der Kalkschottergrube Viecht Nord I“ genehmigungsfähig, sofern dabei ergänzend zu den Vorgaben der Deponieverordnung 2008, BGBl. II Nr. 39/2008 idgF, folgende vorgeschlagenen Auflagen eingehalten werden.

1. Abfallwirtschaft inkl. Deponiebautechnik:

1.1. Nach erfolgter Errichtung der Deponieeinrichtungen und vor Einbringung der Abfälle ist der zuständigen Behörde eine **Errichtungsanzeige** zu übermitteln. Diese Anzeige hat folgende Punkte zu beinhalten:

- a) Bestätigung über die gesetzeskonforme, projekts- und bescheidgemäße Errichtung der Deponie, inkl. Fotodokumentation, entsprechend § 63 Abs. 1 AWG 2002.
- b) Die Fotodokumentation hat zumindest folgende Deponieeinrichtungen zu umfassen:
 - versperrbarer Schranken oder versperrbares Tor
 - Fläche für die Eingangskontrolle
 - flüssigkeitsdichter und witterungsfest abgedeckter Behälter
 - Ölbindemittel (mind. 50 l)
 - Informationstafel gemäß § 33 Abs. 3 DVO 2008
 - hergestelltes Deponierohplanum
- c) Bekanntgabe des Leiters der Eingangskontrolle (allenfalls deren Stellvertreter) gemäß § 35 Abs. 1 DVO 2008.
- d) Nachweis über den Ausbildungskurs "Leiter der Eingangskontrolle für Bodenaushub, Inertabfall- und Baurestmassendepoien" gemäß § 35 Abs. 3 DVO 2008
- e) Nachweis der finanziellen Sicherheitsleistung (z.B. Bankgarantie im Original)

1.2. Im Deponiebereich muss eine ausreichend dimensionierte Fläche für die Eingangskontrolle (zur Durchörterung von Abfällen etc.) zur Verfügung stehen.

1.3. Zufahrt zum Deponieareal ist durch einen Schranken oder ein Tor abzusichern, welches außerhalb der Betriebszeiten und bei Abwesenheit des Deponiepersonals

versperrt zu halten ist. Die Abschränkung ist so auszuführen, dass sie nicht umfahren werden kann. Das gesamte Gelände oder zumindest der nicht rekultivierte Bereich ist, soweit für den Betrieb erforderlich und soweit unzulässige Abfallablagerungen nicht anderweitig durch organisatorische oder technische Maßnahmen (z.B. Erdwälle) ausgeschlossen werden können, mit einem mindestens 2 m hohen Zaun gegen unbefugtes Betreten bzw. unbefugtes Ablagern abzusichern.

- 1.4. Zur Aufnahme von unzulässigen Abfällen, welche im Zuge der Eingangskontrolle aussortiert werden, haben immer flüssigkeitsdichte und witterungsfest abgedeckte Behältnisse (z.B. Stahlmulde mit Deckel) bereitzustehen.
- 1.5. Die **Kontrollen des Deponiekörpers** und der technischen Einrichtungen gemäß § 39 Abs. 1 Deponieverordnung 2008 sind zumindest **jährlich** durchzuführen und in den Aufzeichnungen zu vermerken.

Folgendes ist zu prüfen:

- Die Eigenschaften eines Abfalls und der Art des Einbaues in den Deponiekörper müssen sicherstellen, dass es zu keinen Gefährdungen des Deponiepersonals und der Standsicherheit des Deponiekörpers kommt (Einbauhöhen, Böschungsneigungen, etc.; siehe dazu § 36 DVO 2008);
- Wurden Rekultivierungsmaßnahmen ordnungsgemäß durchgeführt;
- Sind Lage-, Höhen- und Formveränderungen des Deponiekörpers zu beobachten. Entspricht der Deponiekörper dem Projekt (bei Bedarf vermessungstechnische Aufnahme der Deponie);
- Wird Niederschlags- und Oberflächenwasser im erforderlichen Ausmaß abgeleitet, sodass es zu keinen Gefährdungen der Standsicherheit kommt;
- Sind die Deponieeinrichtungen vorhanden und funktionstüchtig;

- 1.6. Für die Aufbewahrung von **Rückstellproben** gemäß § 20 DVO 2008 ist ein ausreichend dimensionierter und geeigneter Lagerraum (nicht zwingend am Deponiestandort) vorzusehen. Die Rückstellproben sind in geeigneten, verschlossenen Gefäßen mit eindeutiger, dauerhafter Beschriftung (Datum der Probenahme, Bezug zur Anlieferung) aufzubewahren.

- 1.7. Zulässige Abfallarten zur Deponierung:

Es dürfen nur folgende **Abfälle** gemäß Abfallverzeichnis (Anhang 1) entsprechend der Abfallverzeichnisverordnung 2020, BGBl. II Nr. 409/2020, übernommen und abgelagert werden:

SN	Sp	Abfallbezeichnung	Spezifizierung	Behandlungs- verfahren
31411 ¹⁾	29	Aushubmaterial	nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse BA gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan oder Bodenaushubdeponiequalität sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	D1
31411 ²⁾	30	Aushubmaterial	nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A1 gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	D1
31411 ³⁾	31	Aushubmaterial	nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A2 gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan	D1

			sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	
31411 ⁴⁾	32	Aushubmaterial	nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A2-G gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	D1
31411 ^{8) 9)}	34	Aushubmaterial	technisches Schüttmaterial, das weniger als 5 Vol-% bodenfremde Bestandteile enthält	D1
31411 ⁸⁾	38	Aushubmaterial	sonstige, nicht verunreinigte Bodenbestandteile der Qualitätsklasse A2 gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan	D1
31411 ^{5) 6) 8)}	39	Aushubmaterial	sonstige, nicht verunreinigte Bodenbestandteile der Qualitätsklasse BA gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan oder Bodenaushubdeponiequalität	D1
31411 ⁷⁾	45	Aushubmaterial	nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial eines Bau- oder Aushubvorhabens gemäß Kleinstmengenregelung	D1
91502 ^{8) 10)}		Bankettschälgut von Straßen		D1
91502 ^{8) 10)}	60	Bankettschälgut von Straßen	gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan zulässig für Maßnahmen zur Bodenrekultivierung	D1

Einschränkungen und Erläuterungen:

- 1) nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial, das
 1. gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan der Qualitätsklasse BA zugeordnet werden kann oder
 2. die Grenzwerte für Bodenaushubdeponien gemäß Anhang 1 Tabellen 1 (Spalte I oder II) und 2 DVO 2008 einhält
- 2) nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial, das gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan der Qualitätsklasse A1 zugeordnet werden kann bzw. Fraktionen dieses Materials, die (z.B. durch Siebung) ohne Zugabe anderer Abfälle oder weiterer Materialien gewonnen wurden
- 3) nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial, das gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan der Qualitätsklasse A2 zugeordnet werden kann bzw. Fraktionen dieses Materials, die (z.B. durch Siebung) ohne Zugabe anderer Abfälle oder weiterer Materialien gewonnen wurden
- 4) nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial, das gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan der Qualitätsklasse A2-G zugeordnet werden kann bzw. Fraktionen dieses Materials, die (z.B. durch Siebung) ohne Zugabe anderer Abfälle oder weiterer Materialien gewonnen wurden
- 5) Bodenaushubmaterial aus dem Gleisunterbau mit einem Anteil von bis zu 20 Gewichtsprozent nicht verunreinigtem Gleisschotter das die Vorgaben der Deponieverordnung 2008, Anhang 4, Teil 2, Kapitel 1.6. bzw. 1.7. erfüllt
- 6) sonstige, nicht verunreinigte Bodenbestandteile die,
 1. gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan der Qualitätsklasse BA zugeordnet werden können oder
 2. die Grenzwerte für Bodenaushubdeponien gemäß Anhang 1 Tabellen 1 (Spalte I oder II) und 2 DVO 2008 einhalten
- 7) nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial eines Bau- oder Aushubvorhabens gemäß den Vorgaben der Kleinstmengenregelung des Bundes-Abfallwirtschaftsplans zur Verwertung oder § 13 DVO 2008 zur Deponierung
- 8) Kleinstmengenregelung gemäß § 13 Abs. 1 Z 3 Deponieverordnung 2008 gilt nicht
- 9) nicht verunreinigtes Aushubmaterial von bautechnischen Schichten wie Rollierung, Frostkoffer, Drainageschicht etc., das entsprechend technischen Anforderungen, z.B. einer bestimmten Sieblinie, hergestellt wurde und weniger als 5 Vol-% mineralische bodenfremde Bestandteile enthält; der Anteil an organischen bodenfremden Bestandteilen, z.B. Kunststoffe, Holz, Papier, darf insgesamt nicht mehr als 1 Vol-% betragen
- 10) Ablagerung nur im Bereich der Oberflächenrekultivierung

- 1.8. Der Behörde ist **zumindest 4 Wochen vor Beginn eines neuen Schüttabschnittes** ein Detailplan und eine Profildarstellung zu übermitteln.
- 1.9. Oberflächenwässer sind generell in jenem Umfang abzuleiten, dass die Standsicherheit der Böschungen zu keinem Zeitpunkt gefährdet wird. Standsicherheitsgefährdende Erosionserscheinungen sind umgehend zu beseitigen.
- 1.10. Die Anlieferungsfahrzeuge haben einen Mindestabstand von 5,0 m zu mögliche Böschungskronen einzuhalten. Dieser Abstand ist durch geeignete Absperreinrichtungen, wie Absperrbänder oder durch einen Einweiser, zu gewährleisten.
- 1.11. Die Fahrwege sind zumindest in jenen Bereichen, in denen eine Absturzgefahr besteht, gegenüber den freien Rändern durch Errichtung von mindestens 1,0 m hohen Schutzwällen oder durch aufgelegte Freisteine in mindestens der gleichen Höhe bzw. mit Hilfe gleichwertiger Sicherungsmaßnahmen abzusichern.
- 1.12. Die **offene, nicht projekts- bzw. bescheidgemäß abgedeckte Deponieoberfläche** darf ein Ausmaß von **6.550 m²** nicht überschreiten.
- 1.13. Für den Zeitraum zwischen dem Beginn der Deponierung bis zur behördlichen Abnahme aller Stilllegungsmaßnahmen, ist ein **Sicherstellungsbetrag von 87.392 Euro** zu erbringen. Der Nachweis der erbrachten Sicherstellungsleistung ist der Behörde spätestens mit der Errichtungsanzeige vorzulegen. Nach der behördlichen Abnahme aller Stilllegungsmaßnahmen kann der Sicherstellungsleistung verringert werden (nach erfolgter Neuberechnung), wobei dieser Betrag bis zur Feststellung der Nachsorgefreiheit durch die zuständige Behörde aufrecht zu erhalten ist.
- 1.14. Die Sicherstellung ist gemäß § 48 Abs. 2a AWG 2002 wertzusichern. Als Wertmesser dient der von der Statistik Austria verlaubliche Baukostenindex 2000 oder der an dessen Stelle tretende Index. Ausgangsbasis für die Wertsicherung ist die für den **Monat April 2023** veröffentlichte **Indexzahl von 208,7**.
- 1.15. Eine **geodätische Geländeaufnahme** und Berechnung der tatsächlich abgelagerten Deponiekubatur hat,
 - alle 5 Jahre, erstmalig bis spätestens 30.06.2028,
 - bei schnellerem Deponierungsfortschritt längstens nach Erreichen der Hälfte der genehmigten Deponiekubatur sowie
 - bei Stilllegung oder Schließung der Deponie,zu erfolgen. Das Ergebnis der Vermessung ist der Behörde unaufgefordert zu übermitteln.

Allgemeine Hinweise:

Hinsichtlich der abfallwirtschaftsrechtlichen **Aufzeichnungspflichten** wird generell auf die Bestimmungen des Abfallwirtschaftsgesetzes 2002 und der Deponieverordnung 2008 verwiesen.

Die **Zulässigkeit der Ablagerung auf der Bodenaushubdeponie** muss aus dem im Zuge der Anlieferung vorzulegenden Begleitpapieren (**Beurteilungsnachweisen und/oder Abfallinformationen**) eindeutig hervor gehen. Für Abfallarten, bei welchen die Kleinmengenregelung nicht zur Anwendung kommt, ist unabhängig von der Anliefermenge jedenfalls ein Beurteilungsnachweis gemäß DVO 2008 erforderlich.

Hinsichtlich deponiebautechnischer Vorgaben in Bezug auf den **Abfalleinbau** wird auf die Bestimmungen unter **§ 36 DVO 2008** hingewiesen. Diese Vorgaben sind zu beachten und im erforderlichen Umfang einzuhalten.

C. Zusammenfassung:

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens „**Erweiterung der Kalkschottergrube Viecht Nord I sowie wesentliche Änderung des bestehenden Abbaus Viecht unter Einbeziehung der im bestehenden Abbau Viecht dafür weiter beanspruchten Flächen**“ werden aus abfalltechnischer Sicht vor allem zwei wichtige Teilbereiche betrachtet und beurteilt. Einerseits die Verwertung von Aushubmaterialien während des Abbaus für die Errichtung von Dämmen oder für Rekultivierungsschichten und andererseits die Errichtung und der Betrieb der Bodenaushubdeponie Viecht I. Insgesamt sollen über einen Zeitraum von 20 Jahren rd. 122.200 m³ an Bodenaushubmaterialien zur Verwertung und rd. 134.700 m³ an Bodenaushubmaterialien zur Beseitigung angeliefert und in der Tagbauöffnung eingebaut werden. Sowohl zur Verwertung als auch zur Beseitigung gelangen ausschließlich nicht verunreinigte Bodenaushubmaterialien und nicht verunreinigte Bodenbestandteile definierter Qualität.

Auf Basis der vorliegenden Einreichunterlagen und unter Berücksichtigung der im Gutachten angeführten Auflagenvorschläge sind **die zu erwartenden Umweltauswirkungen** während des Vorhabens aus Sicht der Abfallwirtschaft inkl. Deponiebautechnik **als geringfügig einzustufen**.